

# Landesvorstand spricht mit Fraktionsspitze von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag

Für den 12. September 2012 hatte der Vorstand der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Kieler Landtag den Landesvorstand der DPoIG zu einem Gespräch ins Landeshaus eingeladen.

An dem knapp zweistündigen Gespräch, welches in ausgesprochen offener und sachlicher Atmosphäre geführt wurde, nahmen für die Grünen die Fraktionsvorsitzende, Eka von Kalben, ihr Stellvertreter und zugleich finanzpolitischer Sprecher der Fraktion, Rasmus Andresen, der innen- und rechtspolitische Sprecher, Burkhard Peters, sowie die Justiziarin, zugleich Referentin der Grünen-Fraktion für Innen- und Rechtspolitik, Nina Schneider, teil.

Der DPoIG-Vorstand war vertreten durch den Landesvorsitzenden Torsten Gronau, seinen Stellvertreter Frank Hesse sowie Thomas Nommensen.

Frau von Kalben betonte zur Einleitung des Gesprächs, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, nunmehr als Koalitionspartner der neu konstituierten Landesregierung, bemüht ist, den Meinungsaustausch mit Berufsverbänden und anderen Interessenvertre-



> Der Landtag von Schleswig-Holstein.

tungen zu führen, um sich ein Bild von der Lage und den Bedürfnissen im Land aus Sicht einer Regierungspartei machen zu können.

Angesichts der wenige Tage zuvor geführten Haushaltsgespräche der Regierungspartnerin bat Frau von Kalben bei der DPoIG um Auskunft, welche Schwerpunkte aus Gewerkschaftssicht derzeit bei der Landespolizei zu nennen seien und wo eine besondere Wichtigkeit bestehen würde. Sie fügte hinzu, dass bei den Haushaltsberatungen in Bezug auf den Etat des Innenministeriums erreicht werden konnte, dass es definitiv keine Streichung von Personal im Vollzugsbereich der Polizei geben werde. Das zu erbringende Einsparpotenzial müsse demnach im Verwaltungsbereich beziehungsweise durch Umstrukturierungen erbracht werden, so die Fraktionsvorsitzende der Grünen. Hierüber würde – so Frau von Kalben – auch Einigkeit innerhalb der Regierungskoalition herrschen.

Torsten Gronau benannte ein verlässliches Personalstrukturkonzept im Sinne von mindestens ebenso vielen Beförderungen wie in den Vorjahren als vordringlich.

Nicht nur, dass eine Reduzierung oder gar Streichung einer Beförderungsrunde eine verheerende negative Wirkung auf die Mitarbeiterschaft der Landespolizei hätte, auch im Sinne der Nachwuchswerbung sei ein verlässliches Beförderungskonzept zwingend geboten, so der DPoIG-Landesvorsitzende. Immerhin muss sich die schleswig-holsteinische Landespolizei einer stetig steigenden Konkurrenzsituation mit anderen Ländereinheiten sowie auch der Bundespolizei stellen und bemüht sein, auch zukünftig fachlich gute Bewerber gewinnen zu können. Die Fraktionsvorsitzende entgegnete, dass die Grünen sich dafür einsetzen wollen, dass das Personalstrukturkonzept weiterhin verlässlich umgesetzt werde und es der Polizei unter der neuen Regierung nicht schlechter gehen solle.

Als weiterhin ganz oben auf der Agenda stehendes Erfordernis sei – so Gronau – eine Reformierung und Angleichung der Erschwerniszulagenverordnung zu nennen. Diese sei schon seit langer Zeit weder in der Ausgestaltung noch in der Höhe der Zulagen nicht mehr als zeitgemäß anzusehen.

Anhand von anschaulichen Beispielen konnte den anwesen-

den Grünen-Politikern von den Landesvorstandsmitgliedern der DPoIG verdeutlicht werden, wo hier der Schuh drückte und welche Ungerechtigkeiten zu beseitigen seien. Exemplarisch konnte die erforderliche Flexibilisierung bei der Gewährung der vollen Erschwerniszulagen, und zwar auch für Beamtinnen und Beamte der Spezialeinheiten sowie spezialisierten Einheiten (wie ZSK sowie vergleichbare Dienststellen), beschrieben werden. Diese unterliegen zwar keinem starren Schichtrhythmus, haben aber gleichwohl in aller Regel ähnlich belastende Arbeitszeiten, so Gronau.

Auch wenn Frau von Kalben hier auf die sehr begrenzten finanziellen Ressourcen im Landeshaushalt verwies, wurde vom Fraktionsvorstand dennoch auch dieses von der DPoIG geschilderte dringliche Problem erkannt und für die folgenden Beratungen mitgenommen.

Als eines der seit längerer Zeit vorhandenen und bereits in der vorherigen Legislaturperiode mit den Grünen besprochenen Probleme wurde von Torsten Gronau weiterhin die PC-Ausstattung in der Landespolizei genannt. Konkret wur-

## Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0451.491597  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.5192221

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
ISSN 0937-4841

de auch an dieser Stelle ange- mahnt, dass die Polizeidienst- stellen zur Durchführung von alltäglicher Ermittlungsarbeit dringend schnelle Internetzu- gänge sowie die Möglichkeit von Daten- und Beweissiche- rung aus dem Internet heraus bräuchten. Beispielhaft wur- den Fälle von Beleidigungen, Bedrohungen, Volksverhetzun- gen sowie Nachstellungen/so- genannten „Stalking“ in sozia- len Netzwerken genannt, wo die Sichtung und Sicherung von gerichtsverwertbaren Be- weisen derzeit auf nur weni- gen handverlesenen Dienst- stellen im Land möglich sei. Selbst bei Ladendiebstählen, wo der oder die Täter video- grafiziert wurden, und entspre- chende Datenträger der Polizei bei der Anzeigenerstattung übergeben werden, müssten diese oftmals per Kurier oder Dienstfahrt zu zentralen Kriminalpolizeidienststellen zur Auswertung gebracht werden, wodurch wertvolle Arbeitszeit verloren ginge.

Burkhard Peters erwiderte für die Fraktion der Grünen, dass man anhand dieser Schilder- ung es als absolut nicht mehr zeitgemäß ansehen würde, wie eingeschränkt die Landes- polizei in dieser Hinsicht arbei- ten müsse. Eine Verbesserung der PC-Ausstattung in der be- sagten Form sei ganz offen- sichtlich dringend erforderlich. Ferner verwies Herr Peters auf das Wahlprogramm 2012 von Bündnis 90/Die Grünen sowie auch den Koalitionsvertrag, wo jeweils eine Verbesserung der Ausstattung der Polizei im Hin- blick auf Internetkriminalität als Ziel genannt sei.

Frank Hesse erfragte beim Vorstand der Grünen-Fraktion anschließend, wie man dort zum aktuell auf der Tagesord- nung stehenden Thema „Rück- zug aus der Fläche“ stehen

würde. In diesem Zusammen- hang wurde den Landtagsab- geordneten der Grünen ein- dringlich geschildert, welche negativen Auswirkungen die Schließung von zahlreichen sogenannten „kleinen Polizeis- tationen“ (ein- bis dreimän- nige) für die Polizeiarbeit, aber auch für das subjektive Sicher- heitsgefühl der ländlichen Be- völkerung aus Sicht der DPoIG haben würde.

In einer angeregten Diskussion über das Für und Wider von Zentralisierung der Polizeiar- beit und der damit einherge- henden Schließung von klei- nen Dienststellen wurden von der Fraktionsspitze zwar auch die Nachteile davon erkannt,



> MdL Rasmus Andresen, MdL Burkhard Peters, Torsten Gronau, Frank Hesse, MdL Eka von Kalben, Thomas Nommensen (von rechts).

gleichwohl erwiderte Frau von Kalben, dass man seitens der Grünen im Landtag unter dem Strich eher skeptisch sei, alle der kleinen Polizeistationen erhalten zu können.

Schlussendlich wurden von Torsten Gronau noch die The- men Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten in ge- schlossenen Einsätzen, immer- hin eine Kernforderung der Grünen in den Koalitionsver- handlungen mit SPD und SSW, das zukünftige Versammlungs- gesetz inklusive der Forderun- gen der Grünen sowie die eini- ge Wochen zuvor vom DPoIG- Bundesvorsitzenden Rainer

Wendt geforderten sogenann- ten Gummigeschosse für die Polizei angesprochen.

Beim Thema Gummigeschosse mahnte Torsten Gronau zu ei- ner etwas weniger emotionali- sierten und sachlicheren Dis- kussion auf Seiten der Grünen in Schleswig-Holstein. Immer- hin würden zahlreiche unfried- liche Versammlungen und Ver- anstaltungen im Bundesge- biet, bei denen Polizeibeamte regelmäßig einer gewalttätigen Menschenmenge gegen- überstehen, zeigen, dass es ein grundsätzliches Erfordernis für Hilfsmittel gibt, mit denen Einsatzkräfte sich solcher An- griffe erwehren können. Ob Gummigeschosse in letzter

Konsequenz hierfür tatsächlich das einzig mögliche Einsatz- mittel wären, sei laut Gronau demgegenüber natürlich dis- kussionsfähig.

Beim Austausch der Argumen- te über die mittlerweile auch von Innenminister Andreas Breitner (SPD) angeschobene Einführung der numerischen Kennzeichnung von Polizei- beamten in geschlossenen Einsätzen ergaben sich dann deutlich widerstrebende An- sichten zwischen DPoIG und Grünen. Der Landesvorsitzende erläuterte auch an dieser Stelle nochmals die Auffassung der DPoIG, welche eine deutliche

Ablehnung der Kennzeich- nungspflicht beinhaltet. Das Misstrauen in die Polizei und der Generalverdacht, unter den die Beamten gestellt werden, was beides mit der Einführung aus Sicht der DPoIG einherge- hen würde, sei durch keine sachlichen Gesichtspunkte gerechtfertigt.

Letztlich wurden auch zu den Kernforderungen der Grünen für das vom Landtag noch zu beratende und beschließende Versammlungsgesetz die Argu- mente ausgetauscht. Die Mit- glieder des Landesvorstandes betonten in diesem Zusam- menhang, dass man auf Seiten der DPoIG die geplante Ein- führung von sogenannten „unabhängigen Demonstra- tionsbeobachtern“ (akkredi- tierte Mitglieder von Nicht- Regierungs-Organisationen) eher kritisch und für die Poli- zeiarbeit hinderlich sieht. Je- denfalls sei sicherzustellen, dass die Beobachter in ihrer Grundeinstellung verfassungs- konform und wirklich neutral seien, so Torsten Gronau. Als Grundproblem wurde einver- nehmlich erkannt, unter wel- chen Regeln und von wem die Akkreditierung der Beobachter vorgenommen würde.

Hinderlich und die Arbeit er- schwerend sei zudem, wenn zugleich – wie unter anderem von den Grünen gefordert – das Dokumentationsrecht zur Beweissicherung bei Ver- sammlungen und Aufzügen für die Polizei gesetzlich weiter eingeschränkt werde.

Nach einem guten und kon- struktiven Gespräch wurde zwischen DPoIG-Vertretern und Mitgliedern der Grünen- Fraktion vereinbart, auch zukünftig solche Treffen zum Meinungsaustausch durch- führen zu wollen.

*Thomas Nommensen*

## Altersdiskriminierende Besoldung – DPolG rät zur Antragstellung!

Der Europäische Gerichtshof hat die Besoldung im Tarifbereich, sofern sie ausschließlich an das Lebensalter gekoppelt ist, für rechtswidrig beschieden.

Inwieweit diese Entscheidung auch Auswirkungen auf den Beamtenbereich hat, ist unklar und ist derzeit Gegenstand diverser Rechtsstreitigkeiten. Die Erfolgsaussichten sind schwer einzuschätzen. Um die eigenen Rechte zu wahren und an den Gerichtsentscheidungen teilzuhaben, müssen betroffene Kolleginnen und Kollegen eigenverantwortlich Verfahren einleiten. Dazu kann

der Musterantrag verwendet werden.

Der dbb Schleswig-Holstein hat mit dem Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein die Durchführung von Musterklagen zur Klärung etwaiger Ansprüche vereinbart. Hierzu müssen jedoch entsprechende Anträge an das Finanzverwaltungsamt gestellt werden. Diese werden dann negativ vom Finanzverwaltungsamt beschieden. Gegen diesen ablehnenden Bescheid ist dann Widerspruch einzulegen, gleichzeitig ist das Ruhendstellen des Verfahrens bis zur endgültigen Klärung der

Rechtslage zu beantragen. Diesem wird das Finanzverwaltungsamt stattgeben.

Anträge und Widersprüche gegen die ablehnenden Bescheide sind im Downloadbereich der Homepage der DPolG Schleswig-Holstein ([www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)) zu finden!

Wer sollte Anträge stellen?

Ab dem 1. März 2012 ist die Besoldung auf Erfahrungsstufen umgestellt. Nach derzeitiger Rechtslage dürfte keine Altersdiskriminierung mehr anzunehmen sein. Da nach dem BGB eine Verjährungsfrist von drei Jahren festgelegt ist, soll-

ten diejenigen Kollegen Anträge stellen, die am 1. März 2009 noch nicht in der höchsten Dienstaltersstufe (unabhängig vom Dienstgrad) gewesen sind.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## Auf dem Weg zu Orwells Überwachungsstaat?

Von Torsten Gronau, Landesvorsitzender

Eine verdichtete Diskothekenszene in Lübeck und Kiel führt zu erheblichen Problemen in der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Einsätze innerhalb größerer Menschenmengen, Rauschmitteleinfluss beim Gegenüber, interkulturelle Aggressivität und Solidarisierungseffekte gegen die Polizei führen zu schwer händelbaren Einsatzlagen. Ein personalintensives Einsatzkonzept führte den Sommer über in Lübecks „Partymeile“ zwar zu einer Lagebefriedung, reizte aber die personellen Ressourcen bis zur Grenze aus. Solch ein Kräfteansatz ist dauerhaft nicht darstellbar, und es ist auch fraglich, ob ein polizeilich begleitetes Feiern eine wünschenswerte Zielrichtung ist.

Die Polizeidirektion Lübeck gab die Anregung zu einer Video-



überwachung an öffentlichen Plätzen an drei Orten. Zum einen geht es um die Partymeile, dann um die seit Jahren mit Objektschutz beschützte Synagoge und zuletzt auch um den Bahnhofsvorplatz, an dem stadtwweit die meisten Fahrräder entwendet werden.

Die Forderung nach Videoüberwachung im öffentlichen Raum

zog die altbekannten Reaktionsmuster nach sich. Während die einen das relativ entspannt sahen und sich einen Sicherheitsgewinn versprochen, beschworen andere einen weiteren Schritt in Richtung Orwells Überwachungsstaat. Die Piratenpartei überspannte in einer Pressemitteilung sogar den Bogen und forderte eine Aufhebung aller in den letzten Jahren beschlossenen Sicherheitsgesetze.

Bei aller Ernsthaftigkeit der Bedenken, dass eine Videoüberwachung die Freiheitsrechte der Bürger einschränkt, muss aber darauf hingewiesen werden, dass der Gesetzgeber diese Rechtsgüterabwägung bereits vorgenommen und zum Beispiel in § 184 Landesverwaltungsgesetz (LVWG) normiert hat.

Eine Videoüberwachung an der Synagoge in Lübeck erscheint der DPolG am unproblematischsten. Hier wird seit Jahren ständiger Objektschutz geleistet. Es kann aber auch nicht so sein, dass jüdisches Gemeindeleben auf Dauer nur unter Polizeischutz möglich ist. Eine Videoüberwachung des Geländes und des angrenzenden öffentlichen Raumes würde einen wichtigen Schritt in Richtung Normalität bedeuten, wenn man den ständigen Objektschutz vor Ort abzöge und durch eine Videoüberwachung ersetzte.

Im Bereich der „Partymeile“ warnt die DPolG jedenfalls davor, Personal durch Technik ersetzen zu wollen. Die Polizei wird nach wie vor an den Schwerpunkttagen eine er-



höhte Präsenz zeigen müssen. Allerdings kann die Videoüberwachung die Situation vor Ort entkrampfen. Mögliche Zusammenrottungen und sich anbahnende Schlägereien können rechtzeitig wahrgenommen und durch gezielten Kräfteinsatz unterbunden

werden. Hier plädiert die DPoIG dafür, in Hamburg auf der Reeperbahn gemachte positive Erfahrungen zu nutzen. Die DPoIG bewertet es jedenfalls sehr positiv, dass sich der Herr Innenminister Breitner vor Ort ein persönliches Bild gemacht hat, bevor in der Sache

Entscheidungen getroffen werden. Andere Politiker auf kommunaler Ebene hatten auf Presseanfrage ideologisch gefärbte Ad-hoc-Antworten bereit, offenbar ohne genaue Detailkenntnisse der örtlichen und tatsächlichen Situation.

Eine kritische Befassung mit Eingriffsrechten des Staates ist vollkommen in Ordnung, nicht aber die absurde Skandalisierung der Anwendung geltenden Rechts, wenn dann der Orwell'sche Überwachungsstaat heraufbeschworen wird.

## Kreisverbände Steinburg/Dithmarschen Jahresabschluss der Poolkräfte der PD Itzehoe – Voller Körpereinsatz der DPoIG –



Am 13. September fand die für dieses Jahr letzte Poolübung der Polizeidirektion Itzehoe statt. Schon seit einigen Jahren werden die Kräfte für die Einzeldiensthundertschaft in Itzehoe überwiegend aus freiwilligen Kollegen des Einzeldienstes rekrutiert. Zu dem aktuellen Termin kamen insgesamt rund 80 Beamte in der Einsatztrainingsstätte in Albersdorf zusammen. Zum Jahresabschluss sollten noch einmal einige typische Lagen aus dem Bereich geschlossene Einsätze trainiert werden. So wurden neben dem Einsatzzug „Nordlicht 5-20“ auch die Diensthundestaffel, der Feuerlöschtrupp sowie der Beweissicherungstrupp der PD aufgestellt. Unter den wachsamen Augen der Direktionsführung mussten nach kurzer Wiederholung der „Basics“ zwei

größere Lagen gelöst werden. Von Seiten der ebenfalls eingeladenen Dienststellenleiter war die Beteiligung leider enttäuschend gering. Hier hatten sich sicherlich einige Kollegen etwas mehr Wertschätzung erhofft.

Bei den Lagen kam es bei einer „Rockerbeerdigung“ zu einer zuletzt unfriedlichen Gegen demonstration samt Sitzblockade. Im weiteren Verlauf musste ein Fußballspiel begleitet und randalierende Hooligans auseinander gehalten werden. Hier kam es auch zum Einsatz der Diensthunde.

Besonderer Dank galt dabei dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der DPoIG SH – Frank Hesse. Frank stellte sich bereitwillig für einen „Anbiss“ zur Verfügung. Zuvor war vergeblich in den Reihen der Kol-

legen nach einem neuen Freund für Rottweiler-Rüden Hugo gesucht worden.

Doch auch der Feuerlöschtrupp kam nicht zu kurz als es plötzlich hieß: „Brennende Person vor der Kette!“ Während der randalierende Mob unter Zwangsmittel Einsatz in die Flucht getrieben wurde, löschten die Kollegen die in Brand stehende Puppe.

Es zeigte sich einmal mehr, dass es richtig war, für den Einsatzpool auf ein Freiwilligenmodell umzuschwenken und die Aus- und Fortbildung in den letzten Jahren stark voranzutreiben. Die von den Kollegen gezeigte Motivation und Professionalität wird sicherlich auch dem einen oder anderen der anwesenden Dienststellenleiter nicht verborgen geblieben sein. Gerade in Zeiten von Personalabbau und Schließungen von Dienststellen ist es nicht selbstverständlich, dass sich Kollegen neben ihrem täg-



lichen Dienst auf den Stationen und Revieren noch so stark engagieren. Umso wichtiger wäre es gewesen, diesen Kollegen zumindest etwas persönliche Anerkennung durch „ihre Chefs“ zukommen zu lassen!

Einen gemütlichen Ausklang fand dieser für alle anstrengende Tag beim gemeinsamen Grillen. Hier standen neben Frank Hesse auch Hauke Hanßen (DPoIG-Kreisverband Dithmarschen) und Wilfried Rutschmann (GdP) am Grill und gaben die von den Gewerkschaften gespendeten Bratwürste an die Kollegen aus.

*Christian Oewerdieck,  
Kreisverband Steinburg*

